

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

24.10.2014 Drucksache 17/3713

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bericht über Maßnahmen für den Fall des Auftretens der Ebola-Erkrankung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss zeitnah über die bereits durchgeführten Vorbereitungen für den Fall einer Ausbreitung des Ebola-Virus in Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie viele Stationen mit der höchsten Infektionsschutzstufe gibt es in Bayern und wie viele Patienten könnten sie im Ernstfall aufnehmen?
- Wie viel Personal, insbesondere Ärzte und Pfleger, ist entsprechend qualifiziert, um mit dem Ebola-Virus infizierte Patienten behandeln zu können und für welche Anzahl von Mitarbeitern steht die erforderliche Schutzausrüstung zur Verfügung?
- Wie sehen die Verfahrensabläufe für den Fall des Auftretens von Verdachtsfällen des Ebola-Virus in Bayern aus und wann sind diese zuletzt überarbeitet worden?
- Mit welchen Befugnissen ist die neu eingerichtete Taskforce gegen Infektionskrankheiten am Münchener Flughafen ausgestattet und über welche Personalkapazitäten und Sachmittel verfügt sie?
- Wie ist die Aufklärung von Ärzten, aber auch von Mitarbeitern an Flughäfen, Bahnhöfen und an Polizeistationen sowie in Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge sichergestellt?

Begründung:

Nachdem sich die Verbreitung des Ebola-Virus nicht mehr auf afrikanische Länder beschränkt, sondern auch in Europa erste Fälle aufgetreten sind, reicht es nicht mehr aus, in den Krisenländern zu helfen. Neben den wichtigen Maßnahmen auf europäischer Ebene und im Bund müssen auch in Bayern entsprechende Vorsorgemaßnahmen getroffen werden. Die Einrichtung der Taskforce für den Flughafen München ist ein erster Schritt. Aber es muss auch sichergestellt werden, dass alle getroffenen Maßnahmen effektiv ausgestaltet werden. Aus diesem Grund ist ein zeitnaher Bericht an den zuständigen Ausschuss des Landtags erforderlich, um eine frühzeitige und umfassende Information des Landtags zu gewährleisten.